Beschlussvorlage

zu Punkt 24. für die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung (Gemeinde Schülldorf) am Montag, 17. Juni 2013

Sachstandsbericht zum geplanten Umbau des Bahnüberganges Haßmoor/Schülldorf (Posten 19) sowie Beschlussfassung über den Abschluss einer Kreuzungsvereinbarung

1. Darstellung des Sachverhaltes:

Die DB-Netz AG beabsichtigt auf der Strecke Kiel-Osterrönfeld die technische Erneuerung des Bahnüberganges „Haßmoor“ (Posten 19) und in diesem Zusammenhang auch die Nachrüstung des Bahnüberganges mit Halbschranken. Die Grenze zwischen den Gemeinden Haßmoor und Schülldorf verläuft mittig im Zuge des Mühlenweges über den Bahnübergang. Die Gemeinde Schülldorf und Haßmoor sind somit die betroffenen Straßenbaulastträger im Bereich des Bahnüberganges.

Gemäß § 13 des Eisenbahnkreuzungsgesetzes sind die kreuzungsbedingten Kosten, die zu einer Erhöhung der Sicherheit und Abwicklung des Verkehrs entstehen, von den Kreuzungsbeteiligten (Deutsche Bahn, Gemeinden Schülldorf und Haßmoor) und dem Bund zu je einem Drittel zu tragen. Der Anteil der Gemeinden Schülldorf und Haßmoor wird sich auf voraussichtlich rund 18.000 € belaufen, somit wird der Anteil je Gemeinde rund 9.000 € betragen. Nach Rücksprache mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr in Rendsburg können die Gemeinden mit einer Förderung durch das Land Schleswig-Holstein i.H.v. rund 70 % der kreuzungsbedingten Kosten rechnen. Der verbleibende Eigenanteil je Gemeinde würde sich somit auf rund 2.700 € belaufen.

Zur Umsetzung der Maßnahme, die nach den Vorschriften des Eisenbahnkreuzungsgesetzes aufgrund des Alters und der vorhandenen technischen Ausstattungen zwingend erforderlich ist, wird die als Anlage beigefügte Kreuzungsvereinbarung zwischen den Straßenbaulastträgern abzuschließen sein.

Nähere Erläuterungen erfolgen verwaltungsseitig mündlich in der Sitzung.

2. Finanzielle Auswirkungen:

Siehe 1.

3. Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeindevertretung nimmt von dem Sachstandsbericht zustimmend Kenntnis.
2. Die Gemeindevertretung beschließt, die vorgelegte Kreuzungsvereinbarung zum geplanten Umbau des Bahnüberganges „Haßmoor“ (Posten 19) rechtsverbindlich abzuschließen und einen entsprechenden Förderantrag auf Gewährung eines Landeszuschusses beim LBV-SH zu stellen. Die Bürgermeisterin/der Bürgermeister wird ermächtigt, die Kreuzungsvereinbarung rechtsverbindlich abzuschließen sowie ggf. erforderliche Änderungen vorzunehmen, sofern diese nicht grundsätzlicher Art sind.

Im Auftrage

gez.
Dirk Hisch
(Leitender Verwaltungsbeamter)

Anlage(n):
Entwurf Kreuzungsvereinbarung